

The Chamber of Engineering Industries Requests 2 Weeks before Demonstrating Stance with European Partnership

The Chamber of Engineering Industries has requested an additional 15 days to compile a comprehensive report that demonstrates its stance with regards to the partnership agreement with the European Union.

The report also describes the methods used to discover the national origin of engineering products depending on previous studies undertaken by the Chamber in this respect.

This was proposed during a meeting with Ambassador Gamal Bayoumi, the Assistant Foreign Minister, and the members of the Chamber of Engineering Industries of the Industrial Union.

Dr. Abdul Moneim Saudi, Chair of the Industrial Union attended this meeting along with board members.

Bayoumi announced that the issue of free trade is no longer a debate in the framework of a partnership agreement with the European Union.

Currently in Egypt there is an ongoing free trade program implemented within the processes of economic development. This is paired with other free trade projects operating under the umbrella of the World Trade Organization and the Arab Free Trade Zone agreement. Furthermore, Egypt is a member of the COMESA trading Union in Africa.

The Assistant Foreign Minister said that free trade with Arab countries will be finalized by the advent of 2007. Free trade with the African COMESA countries will take place by next October, God willing.

All of these agreements do not profit Egypt. However, seeking a free trade deal with the European Union with a partnership agreement brings about positive yields for the Egyptian economy, in general, and in particular for Egyptian industry.

He pointed out that a real challenge of the partnership agreement boils down to implementing a judgment for the rules of origin. Such rules are scientifically recommended, agreed upon and applied. This step depicts a real attempt to protect industry especially as 41 European countries currently have judged rules of origin.

Bayoumi pointed out that the anti-dumping law led to a significant decrease in the amount of court cases during the last year.

These cases were resolved politically with the personal interference of the Egyptian President Mubarak. France and other European partners held pivotal roles in one case raised with the European Union.

He pointed out that Egypt can acquire a new system that suits its circumstances, relating to the calculated rules of origin. Approximately 6 developing countries applied free trade by relying on a valid judged system for calculating origin.

These countries are: China, Mexico, Taiwan, Singapore, South Korea and Hong Kong. He added that there is a common misconception amongst industrialists that it is expected to lower customs and duties to zero, acting in accordance with the GATT obligations.

He said that the Foreign Ministry entity that has a role in this agreement is coordinating fully with the Union of Egyptian Industries as well as all of its chambers in ending all conflicts in respect to the rules of origin.

Engineer Sayed Abdul Kader, the counselor of the Minister of Industry, said that all suggestions or new demands relating to the partnership agreement and its articles should be based on accurate and organized scientific studies. Until now, there are no studies that can display a united stance for national industries.

In other words, signing this agreement now simply puts the future of many Egyptian industries at risk.

Dr. Nader Riad, a member of the chamber, said that signing the agreement necessitates updating and unifying specifications, consolidating checking systems, testing, adding tools and modern technology when tackling industrial production as well as allowing for the exportation of half manufactured products.

Die Kammer für technische Industrien fordert eine Frist von zwei Wochen, damit sie zur Teilnahme Ägyptens an der Partnerschaft mit Europa Stellung nehmen kann

Berichtet von: Salim Abu-Zaid

Die ägyptische Kammer für technische Industrien will sich zwei Wochen Zeit nehmen nehmen, damit sie ein optimales Schreiben in Bezug auf ihre Stellung zum Partnerschaftsabkommen mit Europa verfassen kann. Demnach wird die Kammer genau errechnen, was eine in Ägypten hergestellte, technische Ware nach diesem Abkommen kosten wird. Bei der Durchführung dieses Vorgangs stützt sich die Kammer auf die vorherigen Studien, die die Kammer in letzter Zeit hinsichtlich einer geschäftlichen Partnerschaft bereits anfertigte.

Die obigen Informationen kamen beim Zusammentreffen des Assistenten des Außenministers, des Botschafters Dschamal Bayyumiyy mit den Mitgliedern der Kammer für technische Industrien im Industrieverband vor. Bei diesem Zusammentreffen war der Leiter des Verbands Dr. Abdel-Munim Suudiyy anwesend. Des Weiteren waren die Mitglieder des Verwaltungsrates der Kammer anwesend.

Der Botschafter Dschamal Bayyumiyy kündigte an, dass die Befreiung des Handels bei den Verhandlungen mit der EU nicht in Frage komme, wenn Ägypten mit ihr über das Partnerschaftsabkommen verhandeln wolle. Das ist

darauf zurückzuführen, dass es schon ein Programm für die Befreiung des Handels gibt. An der Durchführung dieses Programms wird bereits gearbeitet. Als Teil dieses Programms können die Umsetzungen der wirtschaftlichen Reform in Ägypten gesehen werden. Außerdem gibt es andere Schritte für diese Befreiung, die unter dem Schirm der Internationalen Handelsorganisation (ITO) verwirklicht werden. Ein weiterer Aspekt für das Programm zur Befreiung des Handels ist das Abkommen der arabischen Freihandelszone. Und nicht zuletzt gilt die Mitgliedschaft Ägyptens am „Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika“ (englisch: „*Common Market for Eastern and Southern Africa*“; kurz COMESA) als weiterer Schritt zur Durchführung des Programms für die Befreiung des Handels.

Darüber hinaus vertrat der Assistent des ägyptischen Außenministers die folgende Ansicht: „Die Befreiung des Handels mit den arabischen Ländern wird im Jahre 2007 völlig umgesetzt sein. Was aber die Befreiung des Handels mit den Ländern des COMESA in Afrika betrifft, so wird sie vornehmlich im nächsten Oktober stattfinden. Erwähnenswert ist, dass all die für die Befreiung des Handels gedachten Abkommen ohne (direkte) Gegenleistung zugunsten Ägyptens geschlossen werden. Zurzeit geht Ägypten davon aus, dass der Prozess der Befreiung des Handels mit der EU auf Grund des ägyptischen Partnerschaftsabkommens einen guten Gewinn mit sich bringt. Diese Gewinne können nicht nur als Vorteil der ägyptischen Wirtschaft im Allgemeinen betrachtet werden, sondern sie können auch als Vorteil der ägyptischen Industrie im Besonderen angesehen werden.“

Zudem setzte der Assistent des ägyptischen Außenministers fort: „Die echte Herausforderung, die vor dem ägyptischen Partnerschaftsabkommen mit Europa steht, besteht in der Art der Aufstellung optimaler Bedingungen für die Herkunftsfrage der Waren. Dass diese Regeln so präzise und unumstritten

aufgestellt werden müssen, ist auf den nötigen Schutz der ägyptischen Industrie zurückzuführen, zumal 41 der europäischen Staaten feste, rechtliche Regeln in Bezug auf die Herkunft der Waren haben.“

Der Assistent des ägyptischen Außenministers erklärte: „Die Anzahl der Probleme des Dumpings nimmt seit mehr als einem Jahr in ständiger Weise ab. Diese Entwicklung ist darauf zurück zu führen, dass eine ziemlich große Anzahl dieser Probleme politisch gelöst worden ist. Diese politischen Aktionen bzw. Lösungen sind vor allem dem ägyptischen Präsidenten Husniyy Mubarak zu verdanken. Dabei ist auch zu erwähnen, dass Frankreich und einige seiner Geschäftspartner in der Nachbarschaft als wichtige Teilnehmer an diesen oben genannten Problemen gelten, die durch die Entstehung der EU herbeigeführt wurden.

Ägypten kann in Bezug auf die Feststellung der Herkunft einer Ware ein sehr gutes System für sich erstellen und sich mit der anderen europäischen Partei darauf einigen. Dieses neue System muss mit den Umständen und der Investitionsatmosphäre in Ägypten hinsichtlich der Regeln der Warenherkunft in Einklang stehen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass mehr als sechs Entwicklungsländer ihren Handel schon befreit haben, doch dies erfolgte im Rahmen eines sehr strikten Systems, das ihnen all ihre Rechte bezüglich der Warenherkunft garantiert. Diese Länder sind: China, Mexiko, Taiwan, Singapur, Südkorea und Hongkong.

Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Industriellen meistens einen Fehler machen, wenn sie denken, dass es zu den Verpflichtungen des GATT gehört, dass die Zollgebühren auf Null sinken. Das beruht auf einem Irrtum und entspricht keinesfalls der Wahrheit.“

Der Assistent des Außenministers fügte hinzu: „Der Ausschuss im Außenministerium, der mit der Erforschung der Bedingungen der möglichen Partnerschaft mit Europa beauftragt ist, arbeitet mit dem ägyptischen Industrieverband und mit den angehörigen Industriekammern optimal zusammen. Auf Grund dieser fruchtbaren Zusammenarbeit kann man alle Probleme bewältigen, die die Regeln der Warenherkunft betreffen.“

Darüber hinaus äußerte sich der Berater des Industrieministers Ing. Sayid Abdel-Qadir folgendermaßen: „Jeder Vorschlag und jeder Plan, der zur Regulierung der Problematik der Warenherkunft aufgrund der ägyptischen Partnerschaft mit Europa gemacht wird, muss sich auf sehr präzise und systematisierte Studien stützen. Außerdem muss man sagen, dass es bislang keine Studien gibt, die diese Bedingungen in Bezug auf die Erforschung der Regeln der Warenherkunft in Ägypten festhalten. Das bedeutet, dass man ein Risiko für die Zukunft der ägyptischen Industrien einginge, wenn man dieses Partnerschaftsabkommen unterzeichnen würde, ohne über solche Studien zu verfügen.“

Zum Schluss sagte das Mitglied der ägyptischen Kammer für technische Industrien Dr. Ing. Nader Riad: „Dass man das Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, benötigt eine Modernisierung und eine Vereinheitlichung der normativen Standards. Die Kontrollsysteme für die hergestellten Waren müssen auch vereinheitlicht werden. Außerdem ist es von großer Bedeutung, dass man die neuen Messgeräte und die modernen Instrumente in der ägyptischen Industrie anwendet, so dass man zu einer besseren Herstellungsweise bei der industriellen Produktion gelangt. Daraus sollte sich ferner ergeben, dass dem Export halbfertiger Waren Tür und Tor geöffnet wird.“